

denspiegel

Mitteilungen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Oldenburg

Ausgabe 1/2020

Inhalt

Kunst oder Krawall?

Prozess gegen linksextreme Störer beim AfD-Landesparteitag 2018 in Oldenburg.

Seite 3

Corona

Chronik der Ereignisse, Stellungnahmen und Maßnahmen.

Seite 4

Corona in Oldenburg

Aktivitäten der AfD.

Seite 5

Wohnungsbau

Neue Quotenregelung.

Seite 7

Haushalt 2020

Das Geld der Steuerzahler wird mit vollen Händen ausgegeben.

Seite 8

Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit

Eine scheinheilige Resolution der Altparteien

Seite 10

Treckerdemos in Oldenburg

Wir unterstützen die Landwirte, die uns mit Lebensmitteln versorgen.

Seite 11

Fahrradfreundlichste Stadt

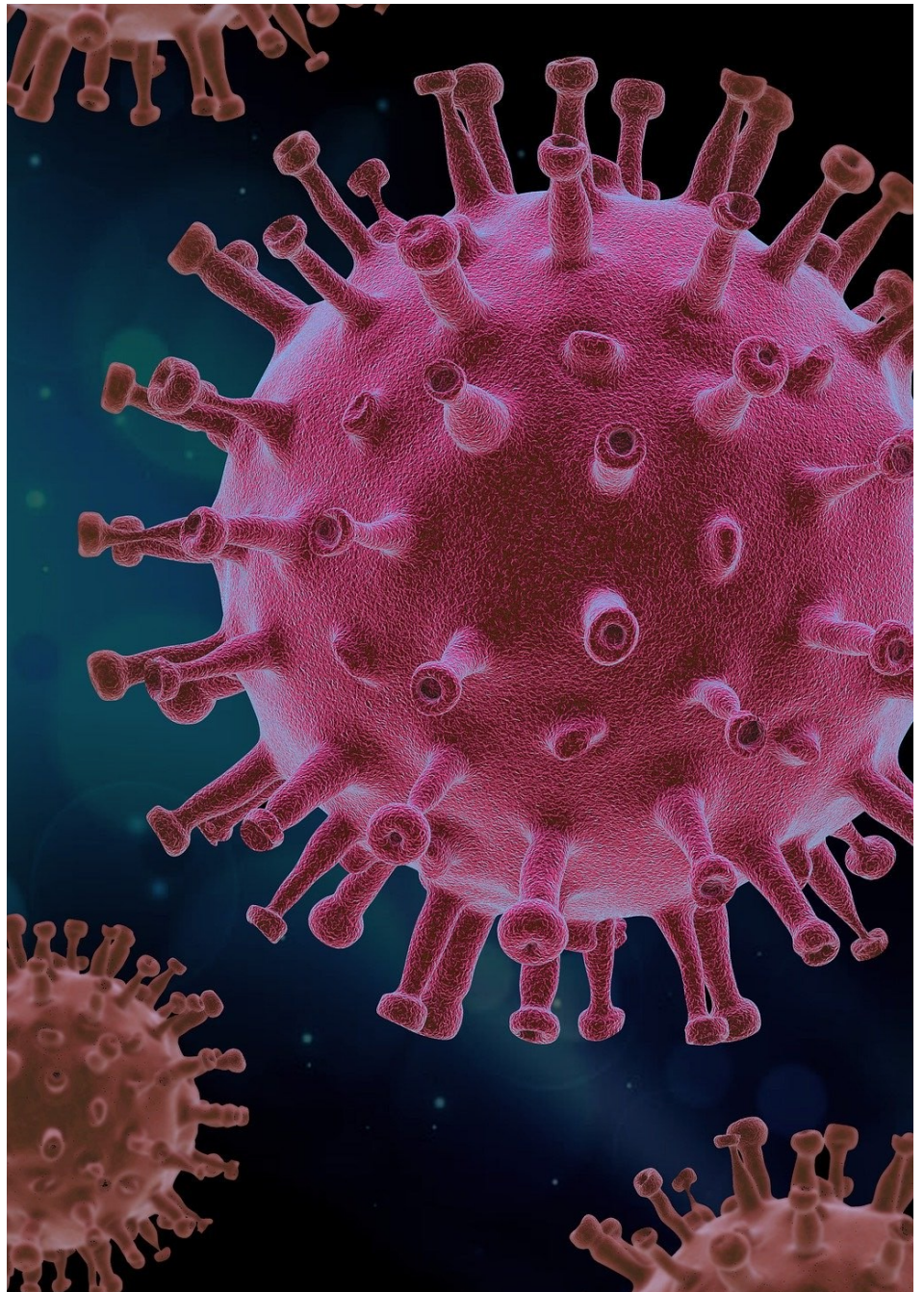
Für ein tolerantes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer

Seite 12

Überkorrektes Theater

Mehr Politik als Kunst am Staatstheater - zumindest von außen.

Seite 12



Die Welt im Viruswahn

Grafik: Pixabay

Massive Einschränkungen und Folgen auch für die Stadt Oldenburg und ihre Bürger.

Moin moin,

die Coronakrise bzw. die das öffentliche Leben extrem einschränkenden Maßnahmen haben auch Oldenburg getroffen und somit auch uns. Bis zu dieser neuen Ausgabe unseres Oldenspiegels hat es daher



etwas länger gedauert.

Wir hoffen sehr, dass es Ihnen, liebe Leser, gut geht. Gesundheitlich ist das in Bezug auf Corona angesichts der aktuellen Statistiken ja sehr wahrscheinlich. Beruflich ist die Wahrscheinlichkeit erheblich geringer. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Konkurse - abschließende Zahlen kennen wir für Oldenburg noch nicht. Die Auswirkungen des Lock-

downs werden sicher noch weiter anhalten und auch Oldenburg und seine Bürger betreffen.

Uns irritiert, wie nahezu sorglos und ohne Beachtung der - wirtschaftlichen und sozialen - Opfer der Maßnahmen der Oberbürgermeister wie auch die anderen Ratsfraktionen die von Bundes- und Landesregierung erlassenen Maßnahmen kritiklos befürworten.

Auch wir waren anfangs sehr besorgt und haben die Maßnahmen mitgetragen. Aber der Ausspruch



„erst der Mensch und die Gesundheit, dann die Wirtschaft“ ist mittlerweile zu einer naiven, die Realitäten verkennenden Aussage geworden. Denn „die Wirtschaft“ besteht aus

„den Menschen“. Aus Menschen, die unter Arbeitsverbot oder Arbeitslosigkeit leiden - sozial, finanziell und psychisch. Eine Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen scheint lange nicht mehr gegeben.

Neben dem Schwerpunkt Corona teilen wir mit Ihnen unsere Einschätzungen zum Oldenburger Haushalt und Nachtragshaushalt für das Jahr 2020. Wir freuen uns über die Auszeichnung Oldenburgs als fahrradfreundlichste Stadt und wir haben mit einem Teilnehmer der Treckerdemos der Landwirte aus dem Umland in der Innenstadt gesprochen. Wir bewerten die Neuregelung zur Schaffung preiswerten Wohnraums und wir werfen einen differenzierten Blick auf die Black Lives-Matter-Demonstrationen.

Immer wieder erschrocken sind wir nicht nur über Aggressivität und Gewaltbereitschaft von Linksextremisten, sondern auch darüber, wie diese ihre Brutalitäten als friedlich zu deklarieren versuchen und dabei offene Unterstützung von fast allen anderen Parteien sowie ganz besonders von der Nordwest-Zeitung erhalten.

Ihre AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg

Lidia Bernhardt (Fraktionsvorsitzende) & Gerhard Vierfuß

Unser Selbstverständnis als AfD

Wir sind die Partei der Rechtsstaatlichkeit.

Migration, Euro- und Griechenlandrettung, die zunehmende Abgabe von Kompetenzen an die EU und vieles mehr verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. Die Regierung handelt damit illegal.

Wir differenzieren.

Der Vorwurf des Populismus ist billig. Er funktioniert, weil sich Altparteien, Funktionäre und staatsnahe Medien in dieser Täuschung der Bürger einig sind. Ein Blick in unsere Parteiprogramme, ein Klick auf unsere youtube- oder facebook-Seiten oder das Lesen der sogenannten Alternativen Nachrichten bewei-

sen schnell: Wir bearbeiten Themen in der Tiefe. Wir haben erfahrene Experten in allen Politikfeldern. Wir wägen ab und wir differenzieren.

Wir stehen für Sicherheit.

Billig und falsch ist der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. Wir fordern die Einhaltung der Gesetze von jedem, der sich in unserem Land aufhält, und entsprechende Konsequenzen bei Verstößen. Wir benennen Tätergruppen nur, wenn Nachrichten und Kriminalitätsstatistik diese klar erkennbar machen.

Wir vertreten deutsche Interessen.

Altparteien, Medien und weitere gesellschaftliche Institutionen versu-

chen, das Verfolgen eigener nationalstaatlicher Interessen als falsch oder gar gefährlich einzustufen. Dem entgegnen wir, dass Deutschland auf allen Ebenen souverän und wettbewerbsfähig sein muss, um sich im globalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Nur so können die besten Ergebnisse für unsere Bürger erzielt werden. Anderenfalls sind wir einfach nur die Zahlmeister - für Europa und noch darüber hinaus. Die Politik der Altparteien zielt genau in diese Richtung. Das ist falsch. In Berlin muss Politik für Deutschland gemacht werden, wie auch in Oldenburg Politik für Oldenburg gemacht werden muss.

Wir sind die Alternative!

Kunst oder Krawall?

Eindringlinge beim AfD-Landesparteitag 2018 in Oldenburg wegen Körperverletzung vor Gericht. Cine K und NWZ verharmlosen Straftaten.

Bis zum Urteilsspruch gilt die Unschuldsumutung. Für jedermann. Für jede Frau. Natürlich auch für Linksextremisten.

Warum wir das hier betonen? Weil die Linksextremisten sowie durch bewusstes Schweigen auch die NWZ und der Oberbürgermeister sich nicht an diese Regel des Anstands und der Allgemeinen Menschenrechte halten.

Gewaltsame Eindringlinge

Was war passiert? Im November 2018 fand der Landesparteitag der AfD Niedersachsen in der Weser-Ems-Halle statt. Es gab eine große Gegendemonstration und massive gewalttätige Störungen des Zugangs der Mitglieder zur Weser-Ems-Halle. An diesen Protesten beteiligten sich auch Mitglieder der Oldenburger Linken, Grünen und der SPD inklusive dem Ratsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister.

Nur Dank der Polizei konnten die Mitglieder den Parteitag nach

Gewalt fast immer von links!

Wann wurde jemals ein Parteitag der vereinten linken Restparteien durch rechte Demonstranten gestört? - Bei der AfD muss fast jeder Parteitag durch die Polizei vor Linken Gegnern gesichert werden.

Wann wurden jemals Gastronomen bedroht und ihre Gebäude beschädigt, weil sie in ihren Häusern Veranstaltungen von linken oder linksextremen Parteien oder Vereinen stattfinden lassen? - Zahlreiche AfD-Verbände können wegen linker Gewaltdrohungen keine öffentlich angekündigten Veranstaltungen durchführen, so auch in Oldenburg.

Hätte irgendeine linke Veranstaltung in den vergangenen Jahren ohne die Polizei nicht stattgefunden? - Keine größere AfD-Veranstaltung wäre ohne Polizeischutz denkbar, da linksextreme Gewalttäter den Zugang und die Durchführung sonst unmöglich machen würden.

einem Speißbrutenlauf unter Pöbeleien erreichen. Der Zugang zur Weser-Ems-Halle wurde durch von der AfD engagiertes Security-Personal gesichert. Als Mieter hatte die AfD das Hausrecht.

Beim Einlass eines Gastes am Hintereingang sind vier Linksextremisten in die Halle eingedrungen. Diese wurden durch den Sicherheitsdienst aufgehalten, überwältigt und wenig später der Polizei übergeben. Dabei verhielten sich die Eindringlinge extrem aggressiv und gewalttätig. Daher wurde Anzeige gegen sie erstattet.

Prozess am 10. Juni 2020

Am 10. Juni fand der Prozess vor dem Amtsgericht Oldenburg statt. Das Verfahren wurde sogleich gegen Auflagen eingestellt. Die Angeklagten zahlten geringe Geldbußen - u.a. an einen antifaschistischen Verein und an Seawatch, wie die NWZ schadenfroh-süffisant berichtete.

Täter-Opfer-Umkehr

Es ist schlicht dreist, wie sich die Täter als Opfer darstellen und ihr gewalttätiges Eindringen im Nachhinein als Kunstaktion deklarierten.

Nicht nur, dass die NWZ ihnen höchst parteiisch zur Seite steht - die ausführliche Berichterstattung über den Prozess unterstützt das Bild der zu Unrecht angeklagten friedlichen „Aktivisten“. Diese Aktion bzw. der Hinweis auf den Prozess und eine erneute Demonstration vor dem Gericht wurden auch noch mit Steuergeld unterstützt.

Denn beim Oldenburger Autokino im Mai wurde im Vorprogramm ein Trailer gezeigt, der zum Protest vor dem Gericht aufrief und der ebenfalls die Täter-Opfer-Umkehr betrieb, indem die Eindringlinge als gewaltfrei, die Sicherheitskräfte dagegen als „AfD-Schläger“ bezeichnet wurden. Das Autokino wurde aber vom Cine K veranstaltet, von der Stadt Oldenburg direkt unterstützt und auch über die enge Ko-

operation des Cine k mit der Kulturetage und dem Medienbüro, die beide von der Stadt gefördert werden, indirekt mit öffentlichen Geldern mitfinanziert.

Angesprochen auf diese Tatsache zeigte sich der Oberbürgermeister überrascht. Eine Stellungnahme oder eine Distanzierung erfolgten aber nicht.

Neutrale Presse? Nicht die NWZ, eher NDR und N-TV

Anders als die für die Linksextremisten Partei ergreifende NWZ berichteten N-TV und NDR von dem Prozess. „Sie sollen ... Sicherheitskräfte verletzt und bedrängt haben“, berichtete der NDR.

„Die Anklage lautete auf gemeinschaftliche Körperverletzung und versuchte Nötigung.“ Und: „Eine Verfahrenseinstellung ... sei kein Freispruch“, hieß es bei N-TV.

Libertarius

Unsere Position zu Asyl und Einwanderung

Da die Störer des Parteitags vor allem die Migrationspolitik kritisieren, hier einige Auszüge dazu aus unserem Grundsatzprogramm.

„Es ist notwendig, zwischen politisch Verfolgten und (Kriegs-) Flüchtlingen ... einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden.“

Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert.

Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingschutz beanspruchen.

Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. Die betroffenen Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. (...)

Ihre Rückkehr soll durch ein internationales Wiederaufbauprogramm unterstützt werden.“

Corona

Entwicklung der Maßnahmen. Demonstrationen in Oldenburg.

- Dezember 2019 - Erste Fälle im chinesischen Wuhan
- 11.12.2019 - AfD-Bundestagsfraktion fordert, Abhängigkeit der Arzneimittelversorgung aus dem Ausland entgegenzuwirken.
- 06.01.2020 - Tagesschau berichtet über „neue Viruskrankheit“
- 22.01.2020 - Reisebeschränkungen für Wuhan.
- 23.01.2020 - Laut Jens Spahn ist der **Krankheitsverlauf bei Covid-19 deutlich milder als bei der Grippe.**
- 30.01.2020 - Weltgesundheitsorganisation spricht von einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite. Prof. Christian Drosten sagt, dass Masken nichts bringen.
- 12.02.2020 - AfD-Bundestagsfraktion **fordert nationale Hygieneaufklärungskampagne**, um die Ausbreitung einzudämmen. Antrag abgelehnt. Karneval findet uneingeschränkt statt. Massenhafte Infizierung in Heinsberg.
- 12.02.2020 - Jens Spahn sagt, dass es keine Pandemie sei.
- 26.02.2020 - Man könne nicht einfach das öffentliche Leben lahmlegen, sagte Minister Spahn.
- 28.02.2020 - **Robert-Koch-Institut** hält das Risiko für gering bis mäßig. **Kein Grund zur Panik.**
- 04.03.2020 - **Alice Weidel** fordert im Bundestag konkrete Sofortmaßnahmen und Grenzkontrollen - abgelehnt.
- 10.03.2020 - Dr. Wolfgang Wodarg kritisiert im ZDF die Herren Drosten, Wieler & Co. sowie die Maßnahmen scharf.
- 10.03.2020 - Erste **Großveranstaltungen werden abgesagt.**
- 12.03.2020 - Die Bundeskanzlerin appelliert, „**alle nicht notwendigen Veranstaltungen abzusa-gen**“ und auf Sozialkontakte zu verzichten.
- 14.03.2020 - Erstes Corona-Video des inzwischen zu Bekanntheit gelangten Dr. Bodo Schiffmann. Er kritisiert die Mas-



senpanik und sagt, Corona sei nicht schlimmer als die Grippe.

- 16.03.2020 - **Innenminister Seehofer schließt die Außengrenzen.**
- 17.03.2020 - Zahl der Neuinfizierten nimmt erstmals ab.
- 21.03.2020 - Neue Zürcher Zeitung warnt vor den enormen Kosten des Lockdowns und vor den **psychischen Folgen der Isolation.**
- 22.03.2020 - Die nationale Akademie der Wissenschaften empfiehlt einen dreiwöchigen (!) Shutdown. Prof. Drosten: es gebe keine wissenschaftlichen Daten, die eine Ausgangssperre begründen. Es wird ein **umfassendes Kontaktverbot** verhängt. Treffen von mehr

als zwei Personen in der Öffentlichkeit werden verboten.

- 23.03.2020 - Ifo-Institut weist auf **Kosten von mehr als € 700 Mrd. durch den Lockdown** hin.
- 24.03.2020 - **Matthias Döpfner**, Vorstandsvorsitzender des Springerkonzerns, schreibt „**Ich habe Zweifel**“ und kritisiert die einschränkenden Maßnahmen.
- 25.03.2020 - Bundestag beschließt Shutdown. Nur die AfD stimmt dagegen **und beantragte die strenge Begrenzung auf vier Wochen** - leider erfolglos.
- 26.03.2020 - Alternative Medien warnen erstmals vor den **Gefahren für Demokratie und Freiheit.**

Demonstrationen für die Wiederherstellung der Grundrechte

Seit dem 28. März finden in Berlin die „Hygienedemos“ statt. Unter Einhaltung von Sicherheitsabständen wird hier für die Wiederherstellung der durch die Maßnahmen außer Kraft gesetzten Grundrechte demonstriert. Die Polizei geht teilweise aggressiv gegen die Teilnehmer vor und hat u.a. die DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe grundlos festgenommen. Ein Skandal!

... auch in Oldenburg

In Oldenburg wird seit Ende April fast wöchentlich für die Aufhebung der Grundrechtsbeschränkungen demonstriert. Die friedvollen, dem Anschein nach eher dem grün-esoterischen Spektrum angehörenden Organisatoren und Teilnehmer werden durch ein massives Polizeiaufgebot eingeschüchert bzw. vor schwarz verummumten Gegendemonstranten geschützt.

Die NWZ berichtet zunächst mehrere Wochen lang gar nicht. Dann wird am 8. Mai die Demo angekündigt mit dem Hinweis „Bündnis gegen Antizionismus und Antisemitismus warnt eindringlich“. Es folgen tendenziöse Berichte, Analysen und Faktenchecks, wie sie der AfD sehr vertraut sind.

Die Teilnehmer aus allen Schichten der Gesellschaft und weit mehrheit-

lich sicher der AfD eher fern stehend haben so aus eigener Anschauung gelernt, wie es Regierungsgegnern auch in Oldenburg ergeht und wie es zu dem Begriff „Lügenpresse“ kommen konnte.



Mit großen Abständen versammelten sich ca. 200 Teilnehmer der Demo für Menschenwürde auf dem Schlossplatz. (Fotos: Redaktion)

PCR-Test untauglich.

- 01.04.2020 - [Zahl der Neuinfizierten pro Tag](#) seit zwei Wochen [konstant abnehmend](#).
- 11.04.2020 - Bill Gates erklärt, dass weltweit alle 7 Milliarden Menschen geimpft werden sollen.
- 27.04.2020 - [Maskenpflicht](#)

Fragwürdige Statistik

„Alle Menschen, bei denen Covid-19 diagnostiziert wurde, wenn sie dann sterben, sind es Covid-19-Fälle“, sagte Prof. Dr. Wieler am 23. März auf der Pressekonferenz des Robert Koch-Instituts.

Man bemüht sich also offensichtlich um eine möglichst hohe Zahl der Covid-Todesopfer? Warum? Um Panik zu schüren?

- 30.04.2020 - Über 300.000 neue Arbeitslose und über 10 Mill. Kurzarbeiter. D.h. [Arbeitslosen-Kurzarbeiter-Quote von ca. 25%](#)!
- 07.05.2020 - AfD-Bundestagsfraktion fordert [sofortige Beendigung des Shutdowns](#). Schulen, Hotels, Gastronomie, Sportstätten und Kultureinrichtungen sollen unter Einhaltung der Hygienestandards [sofort wieder öffnen](#). Digitale Überwachung durch [Corona-Apps](#) wird [abgelehnt](#). [Reduzierung der Umsatzsteuer](#) und [vollständige Aufhebung des Solidaritätszuschlags](#) werden gefordert. [Corona-Bonds](#) und [sonstige Corona-Zahlungen](#) gegenüber der EU werden [abgelehnt](#). [Impfungen](#) müssen [freiwillig](#) bleiben. Forderung eines [Corona-Untersuchungsausschusses](#).
- 25.05.2020 - [Kontaktbeschränkungen bis 5. Juli verlängert](#).
- 27.05.2020 - Neuinfizierte seit einer Woche bei unter 300 pro Tag. Kurve seit Mitte März asymptotisch abnehmend. Bundeskanzlerin behauptet dennoch „Wir leben immer noch am Anfang der Pandemie.“
- [Jörg Meuthen](#) nennt das € 750 Mrd.-Paket der EU „finanz-

Hat Steinmeier gespendet?

„Wir werden einiges von dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand preisgeben“, sagte Frank-Walter Steinmeier am 22. April.

Steinmeier hat sein gesamtes Berufsleben in der Politik verbracht. Kann er da überhaupt zur Erarbeitung unseres Wohlstandes beigetragen haben? Wohl kaum. Er lebt von den Steuergeldern derer, die den Wohlstand tatsächlich erarbeiten.

Wird auch Steinmeier selbst etwas preisgeben? Wohl kaum. Sein fürstliches Salär wird nicht gekürzt. Anders als die Einkommen zahlreicher Bürger, die wegen der Maßnahmen ihre Arbeitsplätze verlieren oder in Kurzarbeit gehen.

[politisches Harakiri](#)“ und bezeichnet die Kommissionspräsidentin daher als „komplett irre.“

- 12.06.2020 - Oberbürgermeister zieht „Zwischen“-Bilanz. Bisher waren in Oldenburg 228 Infizierte. Bis auf [einen](#) älteren Mann, der [verstorben](#) ist, sind alle wieder genesen. Dennoch warnt Krogmann vor [Sorglosigkeit](#). NWZ stimmt zu.
- 14.06.2020 - Minister Spahn weist auf die hohe Fehlerquote durch falsch-positive Tests bei einer insgesamt geringen Infiziertenrate hin. Der PCR-Test liefert derzeit ca. 85% falsche (!) Ergebnisse und ist mittlerweile unbrauchbar.

Mit Corona in Oldenburg

Entscheidungen über Kontaktverbote, Betriebsschließungen o.ä. fallen in Berlin und Hannover. Die Stadt Oldenburg hat hier kaum eigenen Handlungsspielraum. Aber eine Meinung haben zu den von Bund und Land beschlossenen Maßnahmen, ist selbstverständlich erlaubt.

Oberbürgermeister trägt alle Beschränkungen überzeugt mit.

Bis zum Redaktionsschluss gab es von Oberbürgermeister Krog-

mann keinerlei kritische Äußerungen gegenüber den - zumindest in zwischen - von vielen als übertrieben kritisierten Maßnahmen.

Im Gegenteil. Als Krogmann im Interview mit der NWZ am 16. März überraschend kritisch gefragt wurde, ob mit der einen oder anderen Anordnung nicht übertrieben werde, antwortete er: „Ich möchte bitten, die Perspektive derer einzunehmen, die besonders gefährdet sind, also ältere Menschen oder Menschen mit einem schwachen Immunsystem.“ Wenig später berichtete er dann im gleichen Interview, dass es in Oldenburg bislang keinen (!) klinischen Corona-Fall gebe. Ob die Verhältnismäßigkeit, auf die er sich auch beruft, tatsächlich gegeben war, darf zumindest im Rückblick stark bezweifelt werden.

AfD-Antrag im Finanzausschuss-übergangen

Am 21. April beantragt die AfD-Fraktion einen Tagesordnungspunkt „Finanzielle Auswirkungen der

Wirtschaftsminister der Inkompetenz

„Kein einziger Arbeitsplatz geht wegen Corona verloren“, sagte Altmaier am 16. März in der Talkshow „Hart aber fair“.

Dabei genügte gesunder Menschenverstand, um zu sehen, dass die Maßnahmen erhebliche wirtschaftliche Schäden haben werden, wozu auch Arbeitslosigkeiten und Konkurse gehören.

Fehlt es dem Wirtschaftsminister an gesundem Menschenverstand? Anderenfalls müsste man ihm Boshaftigkeit und/oder bewusstes Lügen unterstellen.

Corona-Krise“ für den Finanzausschuss. Interessanterweise folgten tags darauf und unmittelbar vor Fristende nahezu gleichlautende Anträge der Grünen und der CDU-Fraktion.



Corona in Oldenburg

Initiativen der AfD im Rat abgelehnt, von der NWZ verschwiegen.

„Wir haben eine Reihe sehr konkreter Fragen gestellt und Vorschläge gemacht, wie die Stadt den Bürgern in der Krise helfen könnte“, sagt Fraktionsvorsitzende Lidia Bernhardt. „Weder im Ausschuss noch schriftlich haben wir eine Antwort auf unsere Vorschläge bekommen. Lediglich der Vorschlag nach

Falsche Versprechen

Mit den „Rettungs“-Milliarden werden individuelle Härten gemildert. Das ist richtig.

Die Rettungsgelder führen aber nur zu einer Umverteilung der Kosten auf die Allgemeinheit, finanziert über staatliche Kredite. So trifft eine massiv erhöhte Geldmenge auf eine reduzierte Produktion.

Stellen Sie sich auf einen deutlichen Anstieg der Preissteigerung im Laufe der nächsten Monate ein.

Einsparungen im Haushalt wurde pauschal abgelehnt.“

Einige unserer Fragen und Vorschläge waren:

Gibt es bereits Erkenntnisse über eine erhöhte Anzahl von Konkursen und Insolvenzen? - Keine Antwort.

Können die großen Investitionsprojekte (Stadtmuseum, Flötenteichbad, Klinikum) verschoben werden? - Keine Antwort.

Kann man Start-up-Unternehmen helfen, die durch das Förderraster fallen? - Keine Antwort.

Ist es möglich, Mittel aus dem Klimafonds anderweitig zur Stärkung der Wirtschaft bzw. zum Ausgleich von Einnahmeeinbußen zu verwenden? - Keine Antwort.

Offener Brief an den Oberbürgermeister - unbeantwortet

Nachdem diese und weitere Fragen im Ausschuss offen blieben, haben Fraktion und Kreisvorstand am 7. Mai gemeinsam einen offenen Brief an den Oberbürgermeister geschickt.

Fragen und Vorschläge darin waren u.a.:

Ein runder Tisch mit allen Werbegemeinschaften.

Der Hebesatz zur Gewerbesteuer sollte vorübergehend gesenkt werden.

Um die Neuverschuldung zu begrenzen, sollten größere Ausgaben wie der Neubau des Stadtmuseums oder der Umbau des Flötenteichbades zurückgestellt werden.

Den Klimafonds mit einem sofortigen Ausgabenstopp versehen werden, um die restlichen Mittel in den allgemeinen Haushalt zurückzuführen, wo diese angesichts der Coronafolgen dringender benötigt werden.

Weitere Vorschläge waren zusätzliche verkaufsoffene Sonntage, die Einrichtung eines Solidaritätstalers zur Unterstützung von Oldenburger Betrieben, Durchführung von Straßenfesten in der Fußgängerzone und Stellplätze in der Innenstadt für Oldenburger Schausteller.

Unbedingt sollte sich der Oberbürgermeister bei der Landesregierung für eine möglichst umfassende Lockerung einsetzen.

„Auch auf diesen Brief hat der Oberbürgermeister nicht geantwortet. Die NWZ sagte auf Nachfrage, dass der Brief wohl untergegangen sei“, berichtet Lidia Bernhardt.

AfD wirkt!

So sehr das Ablehnen und Ignorieren unserer Initiativen verärgern, so freuen wir uns doch, dass wir mit unseren Initiativen offensichtlich attraktive Ideen liefern konnten. Denn mehrere der aktuellen Maßnahmen der Stadt Oldenburg standen zuerst in unserem offenen Brief. Schade, aber wenig überraschend, ist es, dass die Um-



setzungen erfolgten, ohne dabei auf die AfD Bezug zu nehmen.

„Uns geht es um die Menschen in Oldenburg und um eine ehrliche, sachorientierte Politik“, erklären Lidia Bernhardt und der Kreisvorsitzende Andreas Paul gemeinsam. „AfD wirkt. Das ist das Entscheidende und darüber sind wir froh.“



Die Reduzierung der Gewerbesteuer wurde in der Sitzung des Finanzausschusses im Juni diskutiert. Da dadurch sowohl geschädigte Unternehmen wie auch von den Einschränkungen profitierende Unternehmen entlastet würden, wurde auf diese Maßnahme verzichtet. Dieser Argumentation stimmen wir zu.

Die **Schausteller** sind inzwischen an vielen Stellen **in der City** mit ihren Verkaufsständen präsent - **unser Vorschlag!** Wir freuen uns, dass diese Betriebe so zumindest einen Teil ihres Umsatzes retten können.

Die **Werbekampagne „Wir kaufen in Oldenburg“** unterstützt den Oldenburger **Einzelhandel** - **unser Vorschlag!**

Das Rathaus plant, **zusätzliche, nicht anlassbezogene verkaufsoffene Sonntage** durchzuführen. - Auch das war **unsere Idee!**

Wir freuen uns, dass mehrere unserer Vorschläge umgesetzt wurden. Und wir hoffen sehr, dass diese dazu beitragen, den durch die Maßnahmen geschädigten Oldenburger Unternehmen und Einzelhändlern zu helfen.

Libertarius



AfD-Vorschlag realisiert: Eine Andeutung von Kramermarktsgelächter in der Innenstadt (Foto: Redaktion)

Wohnungsbau - sozial oder sozialistisch?

Neue Quotenregelung zur Schaffung preiswerten Wohnraums beschlossen.

Wohnungen in Oldenburg sind knapp. Die Einwohnerzahl steigt kontinuierlich. So bleibt dieses Problem auf absehbare Zeit aktuell. Trifft eine steigende Einwohnerzahl auf ein konstantes oder nur langsamer steigendes Angebot an Wohnungen, besteht die Tendenz zu Preissteigerungen.

Eine solche Situation fordert die Politik zum Handeln. Und sie verführt zu falschem Handeln.

Die neue Sozialquote

Die Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken hat Folgendes beschlossen:

- Beim Bau auf privaten Mehrfamiliengrundstücken müssen statt bisher 10% künftig 30% der Wohnungen der Schaffung preiswerten Wohnraums dienen.
- 15% der Wohnungen sollen für Personen mit einem einfachen Wohnberechtigungsschein sowie weitere 15% für Inhaber eines erweiterten Wohnberechtigungsscheins sein.
- Dieses gilt für alle künftigen Bauanträge, wenn mehr als vier Wohnungen auf einem Grundstück entstehen.

Die gute Absicht ...

Die gute Absicht ist ehrenwert. Es soll mehr preiswerter Wohnraum für Bedürftige geschaffen werden. Die Neubauförderung ist auch deshalb von Bedeutung, weil immer wieder Bestandswohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Trotzdem ist es fraglich, ob diese Ziele mit der nun beschlossenen Quotenregelung erreicht werden.

... genügt nicht.

Die gute Absicht allein genügt nicht. Vielmehr ließe sich in Anlehnung an Goethe sagen: Man spürt

die Absicht und ist verstimmt. Denn je vordergründig sozialer eine Maßnahme ist, desto stärker sind in der Regel die unbeabsichtigten Folgen. Durch diese wird die ursprüngliche Wirkung oftmals in ihr Gegenteil verdreht.

Verstimmt sind wir also nicht über die Absicht, sondern über die



Wie kann das gute Ziel erreicht werden? Marktwirtschaftlich oder mit quasi-sozialistischen Regulierungen?
(Foto: Uwe Hicksch/photopin)

rein kurzfristige Sichtweise und das somit populistische Handeln der Altparteien. Diese negativen Folgen sind sicher ungewollt. Wir müssen also auf mangelnde ökonomische Kenntnisse und ökonomisches Verständnis schließen.

Die unbeabsichtigten Folgen

Durch den höheren Anteil der Sozialwohnungen steigen die Mieten der übrigen Wohnungen, denn die Baukosten bleiben gleich. Wenn einige Mieten niedriger sind, müssen das höhere Mieten bei anderen Wohnungen ausgleichen. „Wo wir bisher zu € 8,- pro m² vermieten konnten, müssen wir künftig 9 oder 10 Euro nehmen“, berichtete ein Bauträger der AfD-Fraktion.

Daraus ergibt sich, dass weniger Wohnungen im mittleren Preisbereich angeboten werden. Das Wohnungsangebot für Menschen mit leicht oberhalb der Fördergrenzen liegendem, aber immer noch geringem Einkommen, wird so kleiner.

„Das ist eine Politik gegen die Familien der Mittelschicht“, kommentiert Lidia Bernhardt. „Diese zahlen einen Großteil der Steuern und werden jetzt noch mehr in die Umlandgemeinden ziehen.“

Eingriffe in das Eigentum und die Freiheit

„Wir lehnen diese Vorgaben für die Bebauung privater Grundstücke entschieden ab, denn das ist ein erheblicher Eingriff in das Eigentumsrecht und damit in die Freiheit der Bürger“, sagt Lidia Bernhardt.

Schrittweise in den Sozialismus

„Diese ‚soziale‘ Politik erinnert zunehmend an das sozialistische System in der damaligen Sowjetunion“, sagt die Fraktionsvorsitzende. „Diesem System wollten meine Familie und ich mit dem Umzug nach Deutschland entkommen. Aber jetzt sehe ich hier eine schrittweise Einführung des Sozialismus. Viele Menschen erkennen das nicht, weil die Absichten gut sind. Doch damit drohen früher oder später auch all die Gefahren, die aus der UdSSR oder der DDR bekannt sind. Davor möchte ich dringend warnen.“

Bessere Alternativen

Weniger Regulierung, mehr Freiheit und Selbstverantwortung sind die bessere Alternative. Denn ein enormer Kostenfaktor und dadurch ein Hindernis für die Bautätigkeit sind die zahlreichen Bauvorschriften.

Es ist ein Kreislauf aus mehr Sozialleistungen, die zu höheren Steuern und Lohnnebenkosten führen, wodurch mehr Menschen bedürftig werden und die Kosten der Sozialleistungen wieder steigen. „Oldenburg allein kann dieses Problem nicht lösen. Aber dieser Teufelskreis steigender Sozialleistungen und steigender Zahl der Bedürftigen muss dringend durchbrochen werden“, sagt Lidia Bernhardt.

Libertarius

Haushalt 2020

Überflüssige Ausgaben für Klimaideologie statt Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau

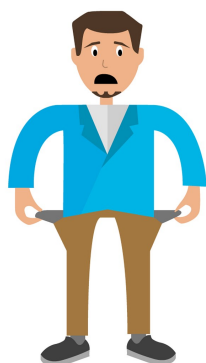
Ob Oberbürgermeister, die Verwaltung oder die Ratsleute der anderen Fraktionen - sorglos, naiv und ohne jegliches Bewusstsein für den enormen Schuldenberg Oldenburgs wird das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen ausgegeben. In vielen Fällen wird es geradezu zum Fenster hinausgeschmissen.

Mehr als eine halbe Milliarde

„Der Haushalt ist mit über 600 Millionen Euro - also mehr als eine halbe Milliarde - zu groß. Wir vermissen jegliches Bemühen um einen Schuldenabbau“, kommentiert die AfD-Fraktionsvorsitzende Lidia Bernhardt den Haushaltsentwurf.

Gegenüber dem Vorjahr wächst der Haushalt 2020 um ca. 4%. „Damit steigen die Ausgaben deutlich schneller als die Inflationsrate. Auch das ist eine bedenkliche Entwicklung“, sagt Lidia Bernhardt.

Im Durchschnitt müssen die Oldenburger im Jahr € 3.500 pro Person vom Kleinkind bis zum Greis dafür bezahlen. Das dürften etwa € 7.000 pro Erwerbstätigem sein - nur für die Ausgaben der Kommune. „Wir halten das für deutlich zu viel“, sind sich die beiden AfD-Ratsleute Lidia Bernhardt und Gerhard Vierfuß einig. „Und wir



So sieht die finanzielle Lage Oldenburgs realistisch betrachtet aus: die Taschen sind leer. Aber mit einer enormen Verschuldungspolitik führen CDU, SPD und Grüne im Konsens zahlreiche unsinnige Projekte trotzdem unverändert fort. (Grafik: Pixabay)

vermuten, dass viele Steuerzahler das ähnlich sehen.“

Neue Schulden

Schon vor dem Corona-bedingten Nachtragshaushalt wurde mit neuen Schulden in Höhe von € 10,1 Millionen geplant. Die Verschuldung bewegt sich auf € 300 Millionen zu. Das ist etwa die Hälfte des jährlichen Etats. Damit ist eine Tilgung dieser großen Schuld unter normalen Bedingungen fast ausgeschlossen. Aussagen wie „Wir haben gut gewirtschaftet“ oder „Oldenburg steht finanziell gut da“ sind vor diesem Hintergrund ziemlich weltfremd.

Wofür so viel Geld?

Unsere Kritik gilt zuerst dem überflüssigen „Klimafonds“. Der kausale Zusammenhang zwischen CO2 und Temperatur ist nicht bewiesen. Es gibt zahlreiche Wissenschaftler, die dazu die gegenteilige Ansicht vertreten.

Anstatt bundesweit mit Milliarden die Sicherheit der Energieversorgung zu riskieren und auch hier in Oldenburg Millionen dafür auszugeben, sollten wir uns lieber Gedanken machen und Geld investieren, um mit den Folgen des Klimawandels besser leben zu können. Aber diese Betrachtungsweise fehlt bei den Oldenburger Ratsleuten der anderen Fraktionen genauso wie bei deren Kollegen in der Bundespolitik.

Klimafonds ist unsozial

Die Kausalität zwischen CO2 und Klimawandel ist umstritten und vermutlich wird es hier zu keiner Einigung kommen. Zweifelsfrei und vielleicht noch schlimmer ist aber, dass diese Politik höchst unsozial ist.

Baumpflanzungen und das Anlegen von Streuobstwiesen sind schöne Ideen. Aber es sollen auch Photovoltaik, Altbausanierungen und Dachbegrünungen gefördert wer-

den. Davon profitieren vor allem die wirtschaftlich Stärkeren, die sich ein eigenes Haus in Oldenburg leisten können. Geringverdiener, die zur Miete wohnen, haben nichts davon. Sie tragen aber mit ihren Steuern auch zur Finanzierung dieser Wohltaten für die Vermögenden bei.

Ergebnishaushalt 2020

ordentliche Erträge	€ 591.521.968,00
ordentliche Aufwendungen	€ 609.717.785,00
außerordentliche Erträge	€ 7.952.600,00
außerordentliche Aufwendungen	€ 1.117.500,00
Jahresergebnis	€ - 11.360.717,00

Ähnlich verhält es sich mit Elektrofahrrädern. Geringverdiener oder Arbeitslose kaufen sich kein neues Elektro-Lasten-Rad für mehrere tausend Euro. Auch dann nicht, wenn es mit einigen Hundert Euro gefördert werden sollte. Wiederum werden sie aber über ihren Steueranteil gezwungen, zur Finanzierung dafür beizutragen, wenn andere, die sich diese teuren Räder leisten können, dafür auch noch subventioniert werden.

Eine solche Förderpolitik ist unsozial - und das ist sie auch dann, wenn sie mit guten Absichten betrieben wird. Die sozialen Folgen außer Acht zu lassen und diese dann, wenn die AfD diese klar anspricht, zu ignorieren, lässt allerdings an jeglichen sozial guten Absichten zweifeln.

Umbau Flötenteichbad

Mit dem Investitionsplan wurde auch der Neubau bzw. weitgehende Umbau des Flötenteich-Schwimmbades beschlossen. Wenn man sich die damaligen Stellungnahmen des Oldenburger Schwimmvereins an-

schauf, hat dieser den anfänglichen Planungen 2017 zwar zugestimmt. Er hat aber deutlich ein 50-Meter-Becken für das neue Bad gefordert.

Aktuell ist ein Wegfall des 50-Meter-Beckens im Freibad geplant. Das bedeutet für die Schwimmsportler eine deutliche Verschlechterung. „Es scheint, als wenn der Oldenburger Schwimmverein inzwischen resigniert hat. Wir fordern daher, bei den anstehenden Detailplanungen noch einmal über ein 50-Meter-Becken nachzudenken“, sagt Lidia Bernhardt.

Bekämpfung von Linksextremismus? - Fehlanzeige

Fast schon traditionell im nunmehr dritten Jahr unserer Mitwirkung im Rat bemängeln wir auch an diesem Haushalt wieder die Fördermittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus und das Fehlen eines entsprechenden Programms gegen Linksextremismus.

Viele Jahre mit Projekten gegen Rechtsextremismus waren ganz offensichtlich so erfolgreich, dass es keinerlei Rechtsextremismus in Oldenburg gibt. Diese Projekte sollten also unverzüglich eingestellt werden.

Stattdessen ist dringend ein Programm gegen Linksextremismus erforderlich. Der Sozialbericht der Stadt Oldenburg nennt mit Bezug auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2018 im Gebiet der Polizeiinspektion Oldenburg/Ammerland 46 linksextremistische Straftaten.

Manches, das nicht in der Statistik steht, ist aber mindestens ebenso schlimm. Schon seit Jahren kann die AfD keine öffentlich bekanntgemachten Veranstaltungen in Oldenburg mehr durchführen. Denn diese würden ansonsten nicht nur von Linksextremisten in der Durchführung behindert, sondern die Gastronomen, in deren Häusern die Veranstaltungen stattfinden, würden sonst bedroht und angegriffen werden.

Das ist ein Skandal, der von Politik, Verwaltung und Medien in trauerlicher Gemeinsamkeit verschwiegen wird. Dadurch machen sich all diese der Deckung von potenziellen Straftaten und Straftätern schuldig.

Corona-Nachtragshaushalt

Nun wurde durch die enormen finanziellen Auswirkungen der - mittlerweile übertriebenen und unangemessenen - Corona-Maßnahmen die Aufstellung eines Nachtragshaushalts erforderlich.

Aus einem ursprünglichen Haushaltsüberschuss von 13 Millionen ist nun ein Defizit von 11 Millionen geworden - mithin eine Verschlechterung um 24 Millionen Euro.

Ein Rückgang von 20 Millionen bei der Gewerbesteuer und von über 8 Millionen bei der Einkommenssteuer werden erwartet.

Dagegen entstehen bei den Kosten für Sozialhilfe Mehraufwendungen

Corona geschuldet. Die genannten Mindereinnahmen und Mehrausgaben sind für die Stadt Oldenburg daher unvermeidlich und nicht beeinflussbar.

Aber es ist doch unsere Entscheidung, ob wir unsererseits aufgrund dieser neuen Bedingungen sonstige Veränderungen am Haushalt vornehmen.

Wir haben vorgeschlagen, die großen Ausgabepositionen zu überdenken und insbesondere den Klimafonds sofort einzustellen, um damit das Defizit zu verringern.

Aber dafür gab es keinerlei Verständnis oder Unterstützung von niemandem aus den Altparteien.



Sparen und Ausgabenstreichungen wären eigentlich nötig im Oldenburger Haushalt. Denn sozial und vernünftig ist es, neben den kurz- und mittelfristigen Folgen von Ausgabekürzungen auch die langfristigen Folgen zu bedenken. Die Schuldenlast für kommende Generationen steigt bei der derzeitigen Politik unter Oberbürgermeister Krogmann in erschreckendem Maße. (Foto: Pixabay)

gen von fast € 17 Millionen. Durch die vorübergehenden Stilllegungen steigt das Defizit und damit der Zuschussbedarf für die Weser-Ems-Halle, die Bäder und die VWG um insgesamt über € 7 Millionen.

Dass das Defizit nicht noch höher ausgefallen ist, liegt daran, dass Bund und Land eine Erhöhung ihrer Beteiligungen an den Sozialausgaben beschlossen haben, die mit € 9,2 Millionen im Nachtragshaushalt berücksichtigt sind.

Nun sind diese Veränderungen für unseren Oldenburger Haushalt allein den Entscheidungen von Bundes- und Landesregierung zu

Fazit

Aus den geschilderten Gründen haben wir den ursprünglichen Haushaltsentwurf bei der Diskussion zum Beginn des Jahres abgelehnt.

Auch wenn wir es kritisieren, dass im Nachtragshaushalt keinerlei Versuche zu Einsparungen unternommen worden sind, so tragen wir diesen doch mit, da er grundsätzlich als Reaktion auf die Corona-Maßnahmen in dieser Form notwendig ist.

Libertarius

Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Eine scheinheilige Resolution der Intoleranten

In seiner Sitzung am 29. Juni hat der Stadtrat eine „Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ verabschiedet.

Selbstverständlichkeiten

Die Resolution formuliert Selbstverständlichkeiten. Diesen können wir zwar zustimmen. Wir sehen jedoch keinerlei Notwendigkeit für diese Resolution.

„Ich muss mir solche Selbstverständlichkeiten, die ich jeden Tag lebe, nicht extra auf ein Blatt Papier

gebliche Toleranz und Mitmenschlichkeit geredet. Sie haben von Gefahren durch Antisemitismus, Rassismus oder Verschwörungstheorien gesprochen und dabei – mal mehr, mal weniger deutlich – die AfD angesprochen.

Wir differenzieren!

Wir weisen diese Vorwürfe alleamt zurück. Nichts davon trifft auf die AfD zu, denn wir differenzieren. Wir sprechen beispielsweise den deutlich überproportionalen



Die zum Kampf geballte Faust - Martin Luther King hätte dieses Symbol sicher abgelehnt. Was wollen die Demonstranten uns damit sagen? (Foto: Adobe)

schreiben. Und das hätte ich von Ihnen eigentlich genauso erwartet“, kommentierte Lidia Bernhardt dazu in ihrer Rede.

Es gibt wichtigere Themen für Oldenburg

Durch die Corona-Maßnahmen sind derzeit zahlreiche Oldenburger finanziell oder persönlich bzw. psychisch sehr getroffen. Vor diesem Hintergrund zeigt diese Resolution samt der sehr ausführlichen Redebeiträge dazu eine falsche Schwerpunktsetzung. Sie ist gerade auch vor diesem Hintergrund schlicht überflüssig.

Pauschale unzutreffende Vorwürfe gegen die AfD

In der Debatte haben Redner von CDU, SPD, Grünen und Linken in aller Ausführlichkeit über ihre an-

Anteil von Tätern mit Flucht- oder Migrationshintergrund in der polizeilichen Kriminalstatistik an. Das ist eine Tatsache und somit keine wertende Aussage über Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund im Allgemeinen.

Wir sprechen auch die fehlende Rechtsgrundlage für Asylanträge bei Einreise aus sicheren Drittländern oder die vielfach nicht vollzogenen Abschiebungen an. Auch das ist alles andere als Rassismus, sondern es ist schlicht der sachliche Hinweis auf rechtliche Fehler und Versäumnisse von Regierenden und Behörden.

Eine scheinheilige Debatte

Aber auch unabhängig davon war es eine scheinheilige Debatte im Rat. Lidia Bernhardt hielt den Altparteien den Spiegel vor: „Es gibt im Rat einige Ratsmitglieder, die die AfD-Fraktion in den dreieinhalb Jahren, seit denen wir zum Rat gehören, noch kein einziges Mal begrüßt haben. Denjenigen, die sich selbst für ihre angeblich so große Toleranz loben, fehlt es an den ein-

fachsten Selbstverständlichkeiten im zwischenmenschlichen Umgang. Toleranz? Fehlanzeige!“

Die nicht vorhandene Toleranz der Altparteien zeigte sich auch beim AfD-Landesparteitag 2018 in Oldenburg. Mitglieder mehrerer Fraktionen inklusive des Ratsvorsitzenden und des Oberbürgermeisters beteiligten sich an den Gegendemonstrationen, die auch von links-extremistischen Gewalttätern genutzt wurden. (siehe Seite 3)

Einsicht und Selbstkritik? Nur von den Piraten

Erfreulich war, dass Ratsherr Meyer (Piraten) anschließend eine gewisse Selbstkritik hinsichtlich des bisherigen Umgangs mit den AfD-Ratsmitgliedern erkennen ließ. Man darf gespannt sein, ob sich das Verhalten der AfD gegenüber künftig ändern wird. Alle anderen Parteien hielten es nicht für erforderlich, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Versteckter Linksextremismus

Auch wenn wir uns gerne für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit aussprechen, so kritisieren wir an der Resolution die dort formulierte Unterstützung für „Bündnisse und Initiativen, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Radikalisierung präventiv entgegen-treten.“ Denn zu diesen Initiativen und Bündnissen zählen die Altparteien bekanntlich auch Organisationen der linksextremen Szene, deren Förderung wir entschieden ablehnen.

Ratsherr Gerhard Vierfuß erklärt zusammenfassend: „Mit dieser Resolution zeigen die Initiatoren auf den Splitter im Auge anderer. Wen auch immer sie damit genau meinen. Dabei nehmen sie ganz offensichtlich die Balken in ihren eigenen Augen nicht wahr.“

Libertarius

Eine Zukunft für unsere Landwirtschaft

Was bringt die Bauern auf die Straße?

Mehrmals schon haben die Landwirte aus der Region mit ihren Traktoren in Oldenburg demonstriert und dabei die Innenstadt blockiert.

Wir wollten Motivation und Hintergründe verstehen und haben mit Landwirt Alexander Plevner aus dem Landkreis Oldenburg gesprochen.

Was ist der Grund für Ihre Treckerdemos?

Sie fragen nach dem Grund. Manche Leute fragen eher danach, ob wir überhaupt demonstrieren dürfen. Na klar dürfen wir das. Wir sind ja keine Beamten. Und wir haben Anliegen und Sorgen, so wie andere Menschen auch.

Der Grund sind die verschärften Einschränkungen durch immer weitergehenden Vorschriften, wie wir unsere Betriebe zu führen haben.

Um welche Vorschriften geht es dabei?

Die Regulierungen betreffen zum Beispiel die zulässigen Mengen an Düngern oder den Regelwert für die Masttierhaltung.

Nun machen sich viele Menschen Sorgen, dass extensive Düngung und Tierhaltung schlecht sind für Mensch, Tier und Umwelt. Was entgegen Sie diesen?

Diesen Menschen sage ich, dass wir Landwirte genau die gleichen Interessen haben. Und schon aus ganz eigennützigem, wirtschaftlichen Gründen achten wir hier sehr genau auf einen sorgsam Umgang.

Wir leben und arbeiten mit der Natur. Wir verdienen unser Geld mit der Natur. Also gehen wir auch sorgsam mit ihr um.

Es ist doch eigenartig, dass diejenigen, die mit grüner Politik die Natur schützen wollen, selbst meist in den Städten leben. Das zeigen die Wahlergebnisse ja ganz deutlich. Diese Leute haben von unserer Arbeit schlicht keine Ahnung.

Jeder Landwirt ernährt im Durchschnitt 155 Menschen. Vom einfachen Arbeitnehmer bis hin zum

Manager jeder wird von uns mit Lebensmitteln versorgt. Damit das funktioniert, brauchen wir auf unseren Feldern einen entsprechend hohen Ertrag - und zwar dauerhaft. Um einen solchen Ertrag zu sichern, ist es notwendig, die Felder entsprechend zu bestellen. Die Sommer werden immer wärmer und der Nährstoff in den Böden wird durch Erosion und Monokulturen immer weiter entzogen. Für eine erfolgreiche Ernte ist es daher wichtig, den Boden nicht verarmen zu lassen.

Dass wir unsere Felder vor Überdüngung schützen, ist selbstver-



Demos in Innenstädten statt Arbeit auf dem Feld - die Landwirte sind verärgert. (Foto: Adobe)

ständig. Sonst würden die Erträge ja sehr schnell zurückgehen oder die Ernte auch einmal ausfallen, wenn durch den steigenden pH-Wert im Boden und die entsprechenden Kalkablagerungen die Pflanzen keine Nährstoffe wie Eisen mehr aufnehmen können.

Des Weiteren gibt es den Regelwert für die Masttierhaltung, in dem festgeschrieben ist, wie hoch die Tieranzahl pro Hektar sein darf. Diese Zahlen unterscheiden sich von Landkreis zu Landkreis, sind jedoch immer mit hohen Auflagen verbunden. Diese Regeln sollen zum Schutz der Flächen und des Grundwassers sein. Aber auch darauf achten wir ganz von selbst.

Schlimmer fast noch als die gesetzlichen Vorgaben ist der enorme bürokratische Aufwand für die Dokumentation. Das kostet viel Zeit und Geld. Und erhöht so letztlich auch die Preise für die Verbraucher.

Die verschärften Vorschriften

gehen sicher auch darauf zurück, dass das Bewusstsein für die Bedeutung des Umweltschutzes in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.

Das scheint mir auch so. Die freitags demonstrierenden Schüler zeigen das ja überdeutlich. Und natürlich ist das Grundanliegen Umweltschutz richtig.

Die Frage ist aber, ob es von der Regierung richtig umgesetzt wird. Da haben wir erhebliche Zweifel.

Nehmen wir nur die CO₂-Werte. Die Oldenburger Messstation am Wall zeigte den bisher höchsten Wert, als beim Marathon die Straße für den Verkehr gesperrt war. Bei einer Treckerdemo in Oldenburg wurde dagegen einer der niedrigsten Werte überhaupt gemessen. An der Behauptung vom so umweltschädlichen Diesel kann also irgendetwas nicht stimmen.

Kommen wir noch einmal auf die neuen Vorschriften. Was sind die genauen Konsequenzen, die sich daraus ergeben?

Mit weniger Düngung geht der Ertrag zurück. Die Landwirte in Deutschland können die Bevölkerung dann nicht mehr ernähren.

Wir werden daher künftig Korn, Fleisch und Milchprodukte aus anderen Ländern importieren müssen.

Diese Importe kommen oft aus nicht EU-Ländern. Dort gelten ganz andere, sehr viel niedrigere Standards. Das zeigt schon ein Blick nach Polen, wo sich die Schweinegrippe damals sehr viel schneller ausgebreitet hatte. Neben lockereren Vorschriften gibt es dort auch eine viel geringere Anzahl von Kontrollen.

Wenn durch unsinnig verschärfte Vorschriften hier bei uns künftig mehr Lebensmittel importiert werden, die unter sehr viel schlechteren Bedingungen angebaut werden, tun wir damit global gesehen der Umwelt keinen Gefallen. Und die Qualität für die Verbraucher wird sicher auch eine andere sein.

Fahrradfreundlichste Stadt

Kein Grund zum Feiern?

Im Fahrradstädte-Index belegt Oldenburg 2020 wie im Vorjahr den ersten Platz. Die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. „Wohl kaum“ kommentierte beispielsweise die Grüne Jugend in Oldenburg.

Weiterer Verbesserungsbedarf

Keine Frage - es gibt weiteren Verbesserungsbedarf. Und generell müssen auch Radwege genauso wie Straßen und Fußwege immer wieder ausgebaut oder erneuert werden.

Aber egal, wie viel die Stadt noch für die Radfahrer tut - sicher wird sie nie fertig werden, weil immer wieder etwas ausgebaut werden muss, und sicher wird es auch weiter stän-

dig Kritiker geben, denen es immer noch nicht genug ist.

Für eine ausgewogene Verkehrspolitik

„Wir haben das Gefühl, dass von manchen hier ein grundsätzlicher, ideologischer Kampf gegen das Auto geführt wird,“ sagt AfD-Ratscherr Gerhard Vierfuß. „Wir plädieren hier für Ausgewogenheit und vor allem für eine verständnisvollere Diskussion.“

Eine vernünftige Verkehrspolitik muss alle Verkehrsteilnehmer im Blick haben - neben den Radfahrern auch die Fußgänger, die Autofahrer, die LKW und den Busverkehr.

Politisch überkorrektes Theater

Was ist mit Strauss, Schönberg und von Schirach?

Ein Foto, entstanden Mitte Juli am Oldenburgischen Staatstheater. Man gibt sich bunt, „viel“ und antirassistisch.

Dabei war der Christopher Street Day vor vier Wochen. Die Black Lives Matters Demonstration ist längst vorbei.

Allerdings wurde vor wenigen Tagen das Programm der neuen Spielzeit angekündigt.

Aber außen am Staatstheater fehlt jeglicher Hinweis auf die Kunst, die im Gebäude hoffentlich noch stattfindet.



Im Dialog

Ihre AfD-Fraktion freut sich über den Kontakt und den Austausch mit Ihnen.

Eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ein direkter Austausch mit den Bürgern ist erklärtes Ziel der AfD. Das ist auch den beiden Mitgliedern der Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg ein wichtiges Anliegen. Wir sind daher sehr am Kontakt und am Austausch mit Ihnen interessiert.

Schreiben Sie uns

Wie gefällt Ihnen unser bisheriges Engagement im Stadtrat?

Was finden Sie besonders gut?

Was vermissen Sie?

Welche Themen sollte die AfD-Fraktion noch aufgreifen?

Welche sind Ihrer Meinung nach vielleicht weniger wichtig?

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihre Zuschriften genau lesen und in unsere künftigen Entscheidungen einbeziehen werden.

So hoffen wir, auf Basis eines nun intensivierten Dialogs mit Ihnen künftig noch besser im Sinne unserer Mitglieder und Wähler in der Oldenburger Lokalpolitik tätig sein zu können.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer **Spende** können Sie helfen, dass der *Oldenspiegel* künftig noch mehr Menschen erreicht.

Spendenkonto:

DE11 2805 0100 0092 0689 56

Impressum:

Fraktion der AfD im Rat der Stadt Oldenburg, Kleine Kirchstrasse 11, 26122 Oldenburg.

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

V.i.S.d.P.: Lidia Bernhardt.

In Abstimmung mit unseren Autoren und Fotografen verzichten wir zum Schutz derer Privatsphäre auf Namensnennungen.